



PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN – ZWEITER WAHLGANG

■ ANALYSE	
Ein neuer Präsident – und nun?	2
Von Nico Lange, Kiew	
■ DOKUMENTATION	
Ergebnisse des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen 2010	5
Pressestimmen zum zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2010	9
Wahlbeobachtung der OSZE	11
Beurteilung der Wahlen durch die ukrainische Öffentlichkeit	12
Die Wahlen in der Ukraine in den Augen der russischen Öffentlichkeit	13
<hr/>	
■ CHRONIK	
Vom 27. Januar bis zum 9. Februar 2010	14

*Die Ukraine-Analysen werden vom
Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.*

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Analyse

Ein neuer Präsident – und nun?

Von Nico Lange, Kiew

Mit der Stichwahl am 7. Februar 2010 kam der monatelange Prozess der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine zu einem Ende. »Endlich«, ist man fast geneigt hinzuzufügen. Vieles deutet aber darauf hin, dass in Bezug auf die erhoffte politische Stabilität und die Lösung der vielen politischen und wirtschaftlichen Probleme der Ukraine diese Präsidentschaftswahlen kaum einen entscheidenden Schritt nach vorn bedeuten werden.

Vorreiterrolle in der Region

Oppositionsführer Viktor Janukowitsch setzte sich im entscheidenden zweiten Wahlgang mit 48,96 % der Stimmen gegen Regierungschefin Julia Timoschenko mit 45,47 % durch. 4,36 % der Wähler stimmten »gegen alle«. Die Wahlbeteiligung lag bei 69,15 %. Die OSZE und andere internationale Beobachtermissionen bewerteten die Präsidentschaftswahlen im ersten und im zweiten Wahlgang als den internationalen Standards entsprechend. Julia Timoschenko hat das Wahlergebnis bisher nicht akzeptiert. Vertreter des Blocks Timoschenko kündigten eine juristische Anfechtung der Wahlen in einigen Wahllokalen an. Es ist aber nicht davon auszugehen, dass durch eventuelle Gerichtsentscheidungen das Wahlergebnis grundlegend verändert werden könnte.

Trotz zugespitzter politischer Auseinandersetzungen im Vorfeld absolvierte die Ukraine zum wiederholten Male freie und faire Wahlen. Der Wahlprozess selbst, wie auch die Zeit der Kampagnen zuvor waren geprägt von Freiheit, Medienpluralismus und gesellschaftlicher Offenheit. Die Ukraine unterstrich damit ihre demokratische Vorreiterrolle in der Region noch einmal ganz deutlich.

Altbekannte Kandidaten

Schon nach dem ersten Urnengang war allerdings auch klar geworden, dass die Ukraine mit diesen Wahlen die Chance auf eine politische Erneuerung verpasst hat. Schon seit einiger Zeit war die öffentliche Zustimmung zu den drei »großen« Kandidaten Juschtschenko, Janukowitsch und Timoschenko permanent gesunken. Die Chancen für neue und alternative Kandidaten und somit für signifikante Veränderungen der ukrainischen politischen Landschaft standen gut. Kandidaten wie Sergej Tihipko, Arsenij Jazenjuk oder auch Anatolij Grizenko versuchten, von diesen Entwicklungstendenzen zu profitieren. Am 17. Januar 2010 unterstützten dann lediglich insgesamt etwa 60 % der Wähler bei einer Wahlbeteiligung von 66 % die Kandidaten Janukowitsch (35 %) und Timoschenko (25 %). Nicht einmal die Hälfte der Wahlberechtigten sprach sich also für die beiden Teilnehmer der Stichwahl aus. Janukowitsch und Timo-

schenko profitierten mit ihrem Einzug in die Stichwahl letztlich von der Fragmentierung der ukrainischen Politik und davon, dass die anderen Kandidaten keine ernsthaften Versuche einer Vereinigung ihrer Kandidaturen unternahmen. Nach allen vorliegenden Umfragen hätte ein »neuer« Kandidat bei einem Einzug in die Stichwahl sehr wahrscheinlich gegen Janukowitsch oder Timoschenko das Rennen gemacht. Am Ende mussten sich die Ukrainer dann doch wieder zwischen zwei altbekannten Kontrahenten entscheiden, die das politische Leben der Ukraine bereits seit einigen Jahren ganz entscheidend prägen.

Stimmverteilung

Mit der verpassten Erneuerung verband sich auch der Rückfall in die alten Muster der regionalen Spaltung der ukrainischen Gesellschaft. Die regionale Stimmverteilung hat sich in der Stichwahl gegenüber 2004 kaum geändert. Der Westen und die Zentralukraine wählten Timoschenko. Der Osten und Südosten wählten Janukowitsch. Am Ende teilten vor allem die westlichen Beobachter die Ukraine wieder in Ost und West, in »proeuropäisch« und »prorussisch«. Auch die Wahlrhetorik Timoschenkos und Janukowitschs kam vor der Stichwahl in weiten Teilen einer Neuauflage der Wahlen von 2004 gleich. Die Künstlichkeit dieser so oft beschworenen »Ost-West-Teilung« und die Chancen ihrer Überwindung werden aber offensichtlich, wenn man die Ergebnisse des drittplatzierten Tihipko betrachtet. Tihipkos 13,4 % der ersten Runde verteilten sich recht gleichmäßig zwischen der Ostukraine und der Zentral- und Westukraine. In der zweiten Runde gingen die Stimmen Tihipkos dann auch fast zu gleichen Teilen jeweils an Janukowitsch und Timoschenko.

Kein leichter Start für Janukowitsch

In der ukrainischen Politik ist nichts wirklich einfacher nach dieser Wahl. Nach einer ersten Euphorie wird sich dieses Erkenntnis auch beim Sieger Viktor Janukowitsch und seiner Partei der Regionen durchsetzen. Ein Sieg mit knapp 49 % der Stimmen in einer Stichwahl ist nicht gerade ein Durchmarsch. Die Zahl bedeutet

auch, dass 51 % der Wähler gegen den neuen Präsidenten gestimmt haben. Betrachtet man diese Werte im Zusammenhang mit den Ergebnissen des ersten Wahlgangs, so wird klar, dass ein Präsident Janukowitsch das Amt gegen eine sehr skeptische Bevölkerungsmehrheit und Öffentlichkeit antreten wird.

Erschwerend kommt hinzu, dass die verfassungsmäßigen Kompetenzen des Präsidenten so limitiert sind, das entschlossene und konsequente Handeln, mit dem öffentliche Zustimmung zu gewinnen sein könnte, insbesondere in der Sozialpolitik und der Wirtschaftspolitik kaum möglich ist. Die zur Einhegung der Macht Juschtschenkos während der Orangen Revolution durchgesetzten Verfassungsänderungen werden mit einiger Sicherheit auf Seiten der Partei der Regionen schon binnen kurzer Zeit zutiefst bereut werden.

Janukowitsch und die Partei der Regionen setzen zunächst auf eine schnelle Mehrheitsbildung zu ihren Gunsten in der Werchowna Rada. Faktisch hat Janukowitsch als Präsident mit den aktuellen Befugnissen dafür aber nur recht wenig anzubieten. Sein Vorgänger Juschtschenko sollte ihm hier ein warnendes Beispiel sein. Auch dieser hatte bei seiner Amtsübernahme erwartet, dass sich schnell eine stabile Mehrheit im Parlament um den Präsidenten sammeln würde. Stattdessen bildeten sich die parlamentarischen Mehrheiten häufig gegen den amtierenden Präsidenten und isolierten ihn weitgehend. Der Sieg im Rennen um die Präsidentschaft birgt für Janukowitsch und die Partei der Regionen vor diesem Hintergrund durchaus Gefahren, auch wenn die Fraktion der Partei der Regionen sicher als homogener als die zersplitterte Fraktion Unsere Ukraine – Selbstverteidigung des Volkes einzuschätzen ist.

Die strukturellen Probleme der ukrainischen Innenpolitik werden auch dem künftigen Präsidenten Janukowitsch sehr zu schaffen machen. Das sind vor allem die bisher fehlende Mehrheit im Parlament, die unklare Kompetenzverteilung zwischen Präsidentschaft, Parlament und Regierung sowie das faktisch imperative Mandat und das Wahlgesetz mit den geschlossenen Listen. Unter diesen Bedingungen wird das semipräsidentielle politische System der Ukraine weiterhin anfällig für permanente Machtkonflikte, Blockaden und Stillstand sein, völlig unabhängig davon, wer die Spitzenämter gerade besetzt. Natürlich hofft man in der Partei der Regionen, wie auch im Block Timoschenko darauf, eines Tages Präsidentschaft, Regierung und Parlament komplett durch eine politische Kraft kontrollieren zu können. Die vergangenen fünf Jahre der ukrainischen Politik haben aber allen Beteiligten deutlich vor Augen geführt, dass dies unter den gegebenen Umständen nicht möglich ist.

Keine der Parteien verfügte jemals über wesentlich mehr als 30 % der Stimmen und Koalitionen werden unabdingbar bleiben. Es hat ganz den Anschein als könne man sich an den kontrafaktischen Hoffnungen auf eine künftige Position als »Partei der Macht« noch sehr lange abarbeiten. Die ukrainische Politik wird seit Jahren von einem Machtanspruch der politischen Führer und ihrer Parteien blockiert, der angesichts der bestehenden Verfassungsordnung, der Fragmentierung der Parteienlandschaft und des gesellschaftlichen Pluralismus nicht eingelöst werden kann.

Koalitionsmodell

Was wird also in den kommenden Wochen und Monaten geschehen? In den ersten Tagen nach der Stichwahl glauben viele Akteure und Beobachter in Kiew an eine neue Koalition unter Führung der Partei der Regionen. Mit den Abstimmungen gegen Innenminister Luzenko und für das neue Wahlgesetz zwischen dem ersten und dem zweiten Wahlgang hatte die Partei der Regionen schon demonstriert, dass sie zur Mehrheitsbildung fähig ist. Die neue Konstellation wäre demnach die Partei der Regionen in Koalition mit dem Block Litwin und der Fraktion Unsere Ukraine. Die Kommunisten wären dann passive Koalitionsmitglieder und wären aufgrund der Fragmentierung und Unzuverlässigkeit von Unsere Ukraine für stabile Mehrheiten nötig. Doch auch für dieses scheinbar einleuchtende Szenario sind längst nicht alle Fragen geklärt. Der gewiefte Taktiker Litwin wird sich sicher nur darauf einlassen, wenn sich dadurch tatsächlich dauerhaft seine Position als Parlamentspräsident sichern ließe. Er wird kein Risiko eingehen wollen und kann im Falle eines Scheiterns dieser Variante aufgrund seines schlechten Abschneidens bei den Präsidentschaftswahlen nicht an vorgezogenen Neuwahlen der Werchowna Rada interessiert sein. Was innerhalb der völlig zerfaserten Fraktion von Unsere Ukraine vorgeht, ist selbst für Experten kaum nachzuvollziehen. Zwar ließe sich eine kurzzeitige Mehrheit für die Abstimmung über die Koalitionsbildung sicher erreichen, ständige Dissonanzen und Reibereien in der Folge wären aber mit hoher Sicherheit zu erwarten. Auch die Frage der Besetzung des Ministerpräsidentenamtes für diese Koalition ist ungeklärt. Wird Janukowitsch-Intimus Mykola Asarow weiter seine Ansprüche geltend machen? Wird Janukowitsch versuchen Sergej Tihipko einzubinden, um einen aufstrebenden Konkurrenten aus dem Weg zu räumen? Oder wird vielleicht Jurij Jechanurow noch einmal für eine Übergangsphase bemüht, um schmerzhaft Reformen durchzusetzen? Eine populistische Oppositionspolitikerin Timoschenko mit einem

Wahlergebnis von 45 % im Rücken könnte in diesem Fall einen recht unbequemen Gegenwind entfachen. Es ist trotz aller Ankündigungen derzeit völlig offen, wie tragfähig dieses Koalitionsmodell ist.

Wem nutzen vorgezogene Neuwahlen?

Die von Janukowitsch und der Partei der Regionen beschworene Alternative besteht in vorgezogenen Neuwahlen des Parlaments. Das Paradox dieser Option besteht jedoch darin, dass zwar einerseits die Partei der Regionen versucht sein könnte, eine Blockade mit Premierministerin Timoschenko durch Neuwahlen aufzulösen, andererseits im Konfliktfall zwischen Janukowitsch und Timoschenko das Interesse ihrer Fraktionen an Neuwahlen sinken dürfte. Von den Streitigkeiten dieser beiden Hauptakteure würden die neuen politischen Kräfte Tihipkos und Jazenjuks profitieren. Abgeordnete sowohl der Partei der Regionen als auch des Blocks Timoschenko müssten bei Neuwahlen den Verlust ihrer Mandate fürchten. Das Interesse an schnellen vorgezogenen Neuwahlen dürfte bei Unsere Ukraine, Litwin und den Kommunisten ohnehin gering sein. Der lange Schatten der kommenden Wahlen liegt dennoch schon jetzt über den Verhandlungen um eine neue Konstellation von Koalition und Regierung. Vor allem die neuen politischen Kräfte von Tihipko und Jazenjuk entwickeln Druck auf die etablierten Parteien im Hinblick auf die Kommunalwahlen am 30. Mai 2010. In dieser Hinsicht sitzen Timoschenko und Janukowitsch in einem Boot. Verbeißen sie sich in Streitigkeiten und Blockaden, laufen sie Gefahr, bei den Kommunalwahlen am 30. Mai empfindliche Einbußen an der Parteibasis hinnehmen zu müssen. Die Versorgung der lokalen Parteistrukturen mit Mandaten und Posten hat für beide Seiten eine existenzielle Bedeutung.

Zurück zum Kompromiss

Als dritte Option bliebe schließlich ein Kompromiss zwischen Janukowitsch und Timoschenko. Die Regie-

rungschefin hat dafür keine ungünstige Ausgangsposition. Sie hat ein Wahlergebnis von mehr als 45 % und bliebe auch im Fall der Auflösung der aktuellen Koalition zunächst geschäftsführend im Amt, bis eine neue Koalition tatsächlich feststünde. Aufgrund der beschriebenen Schwierigkeiten könnte das ein längerer Zeitraum sein. Zudem hatten sich Janukowitsch und Timoschenko im Sommer 2009 fast schon einmal auf eine gemeinsame Regierungskoalition geeinigt. Damals waren die Verhandlungen in letzter Sekunde gescheitert, weil das Präsidentenamt für Janukowitsch nicht garantiert werden konnte. Es ist durchaus möglich, dass man nach einigen heftigen Konfrontationen in den kommenden Tagen und Wochen zu dieser Idee zurückkommen wird.

Stabilisierung – unwahrscheinlich

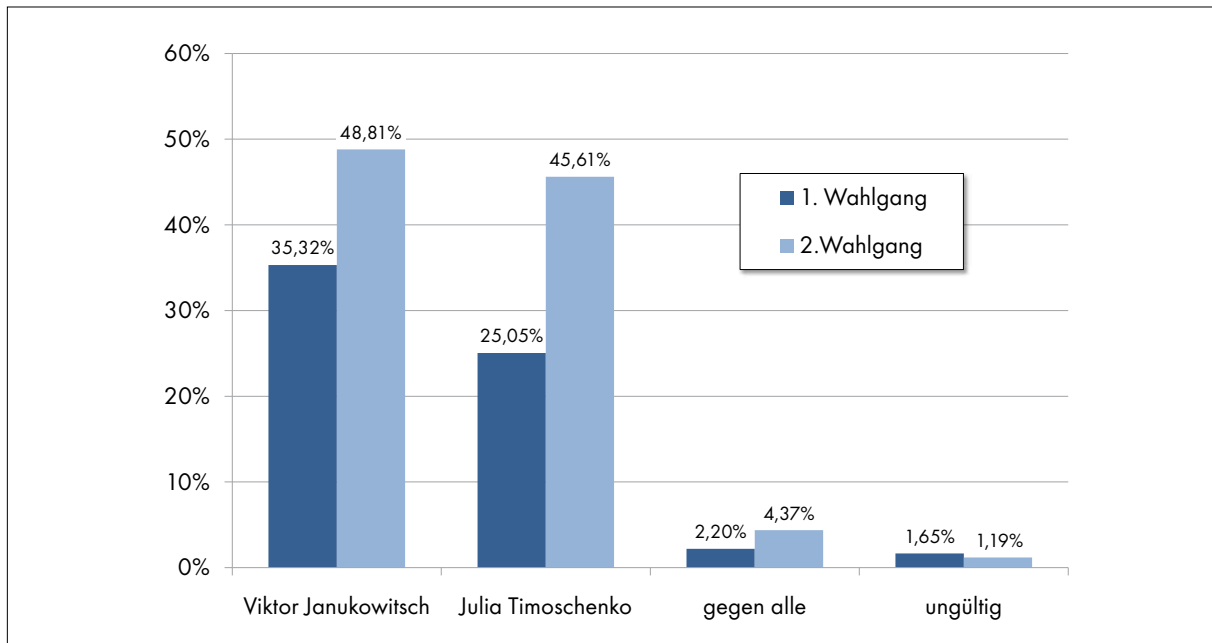
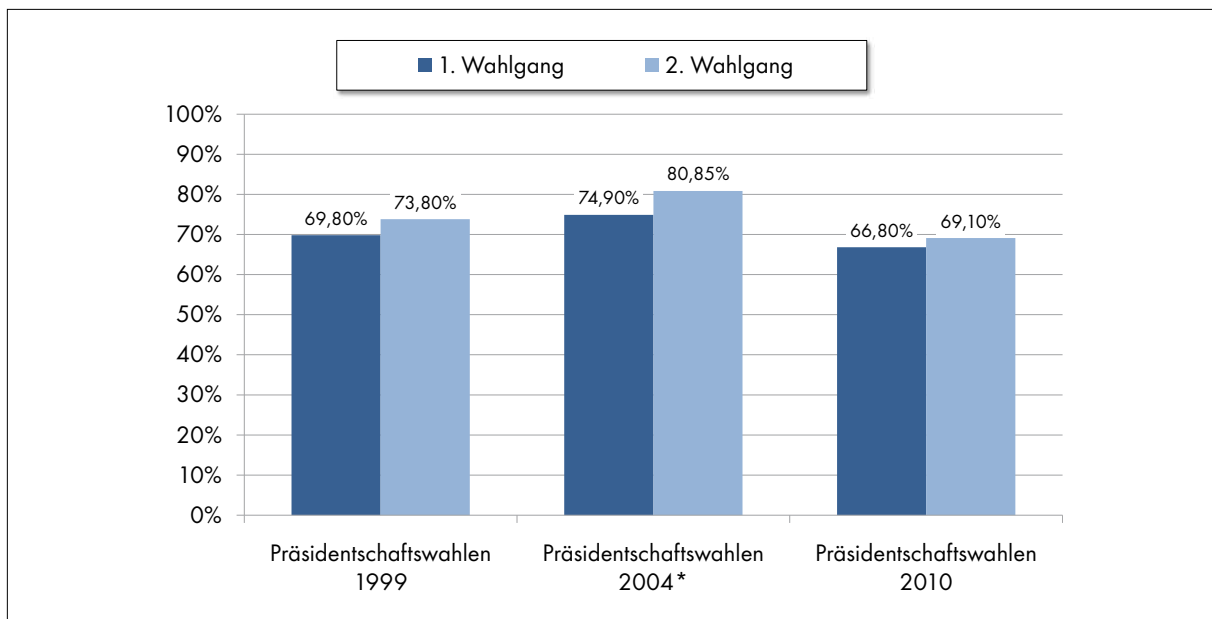
Mit dem Ergebnis der Präsidentschaftswahlen scheint es insgesamt mehr offene als beantwortete Fragen zu geben. Eine Stabilisierung der politischen Situation ist leider in jedem Fall unwahrscheinlich. Die strukturellen Probleme der ukrainischen Politik mit den Unzulänglichkeiten der Verfassungsordnung und der fehlenden Unabhängigkeit der Justiz werden in den kommenden Wochen wieder deutlich zu Tage treten. Die politischen Eliten, die die für die funktionierende Demokratie notwendige Kompromissbildung noch immer nicht gelernt haben, werden weiterhin viel Zeit und Ressourcen für den Kampf um die absolute Macht aufwenden. Die sachpolitischen Probleme, die Bewältigung der prekären finanziellen und wirtschaftlichen Situation des Landes, die Entlastung des durch hochgradig defizitäre Sozialsysteme angeschlagenen Staatshaushalts, die Bekämpfung der überbordenden Korruption und die Verbesserung der schlechten Rahmenbedingungen für Unternehmen und ausländische Investoren werden dabei vorerst wohl weiterhin auf der Strecke bleiben.

Über den Autor:

Nico Lange leitet das Auslandsbüro Ukraine der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kiew.

Dokumentation

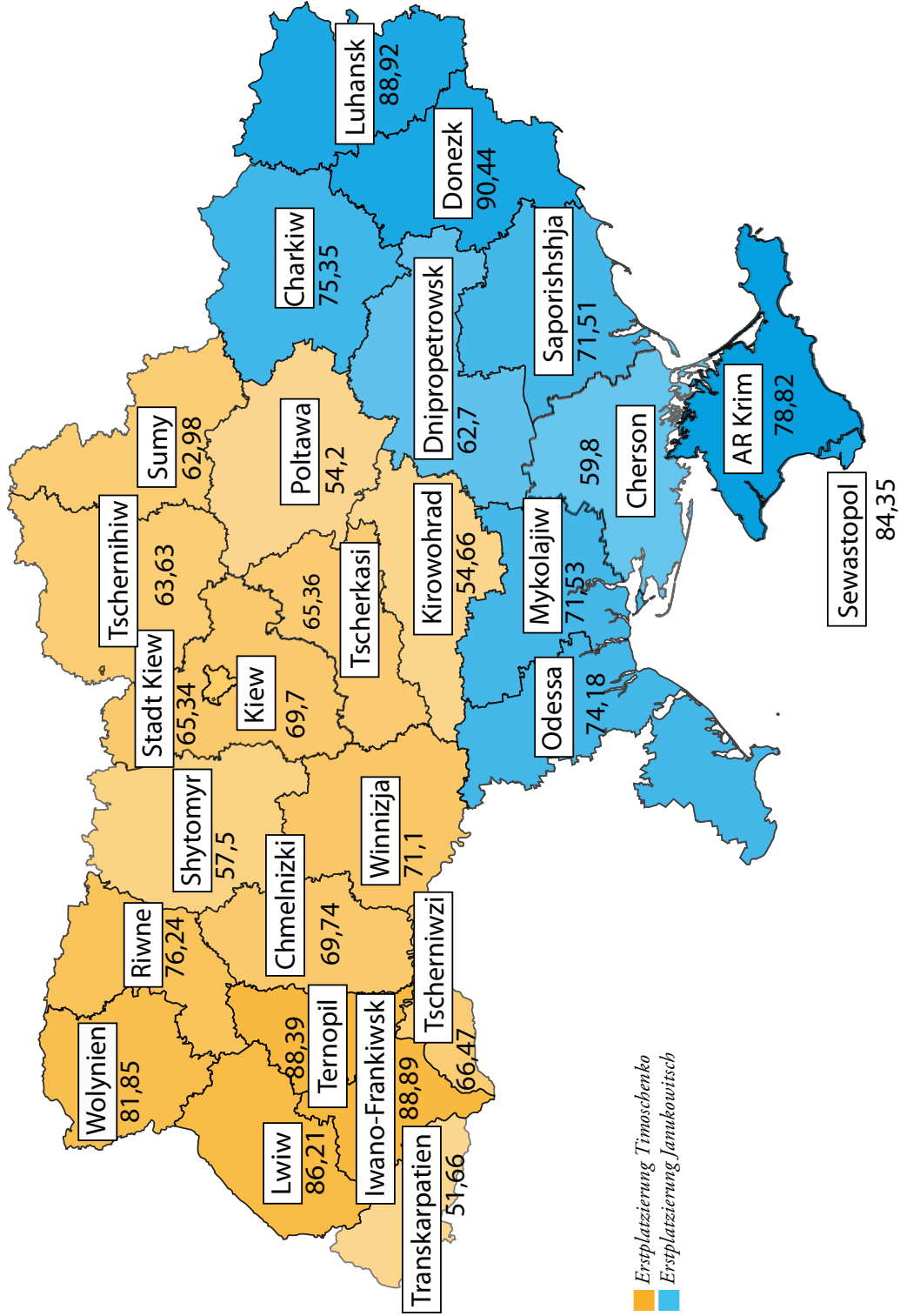
Ergebnisse des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen 2010 (nach Auszählung von 99,9% der Stimmen)

Grafik 1: Ergebnisse der Präsidentschaftswahlen

Grafik 2: Beteiligung an den Präsidentschaftswahlen der letzten Jahre in %: erster und zweiter Wahlgang im Vergleich


* An der Wiederholung des zweiten Wahlgangs 2004 beteiligten sich 77,3 %.

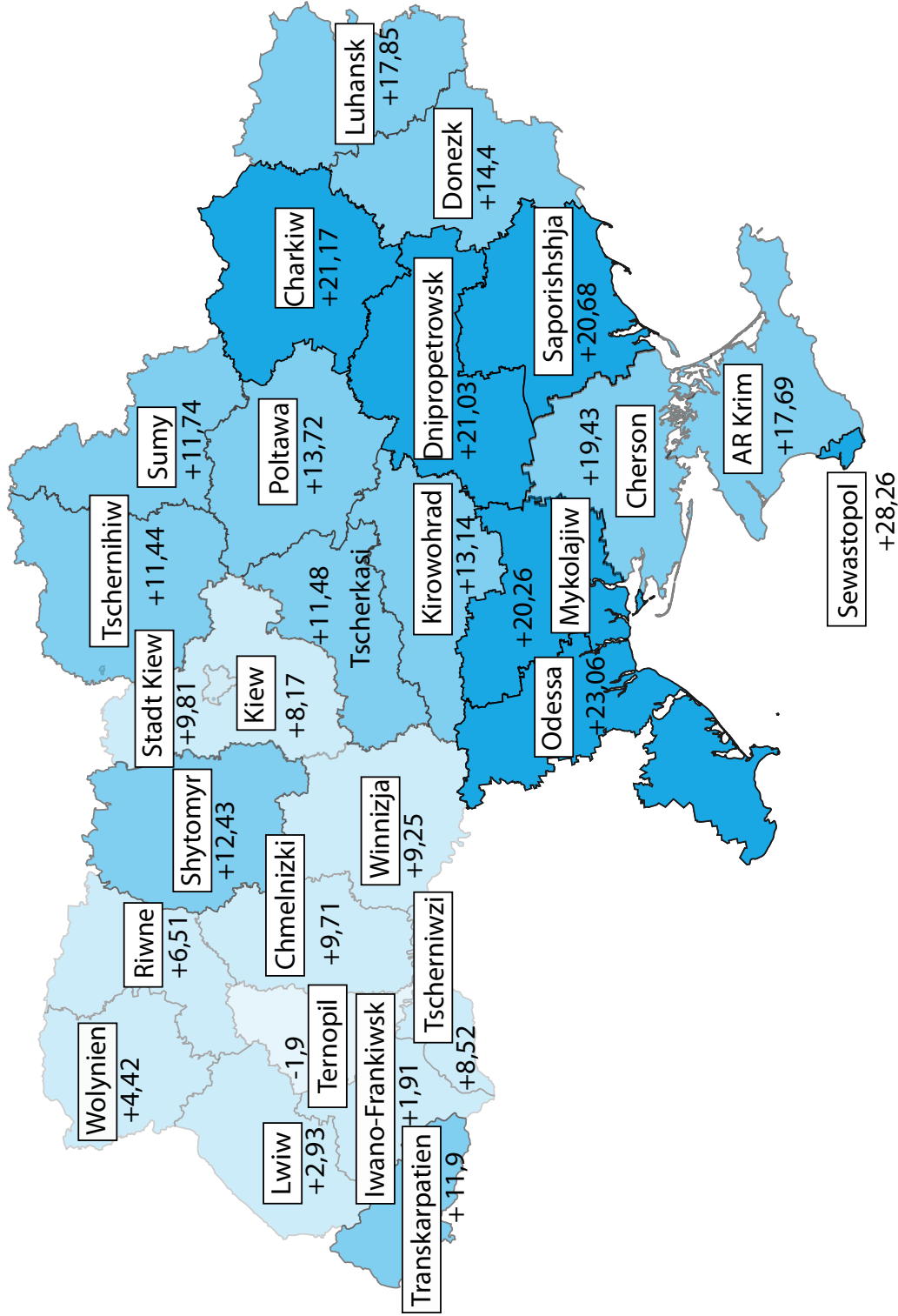
Quelle: Zentrale Wahlkommission, <http://www.cvk.gov.ua>

Karte 1: Wahlergebnisse für Viktor Janukowitsch und Julia Timoschenko nach Regionen (Stimmenanteil in %)



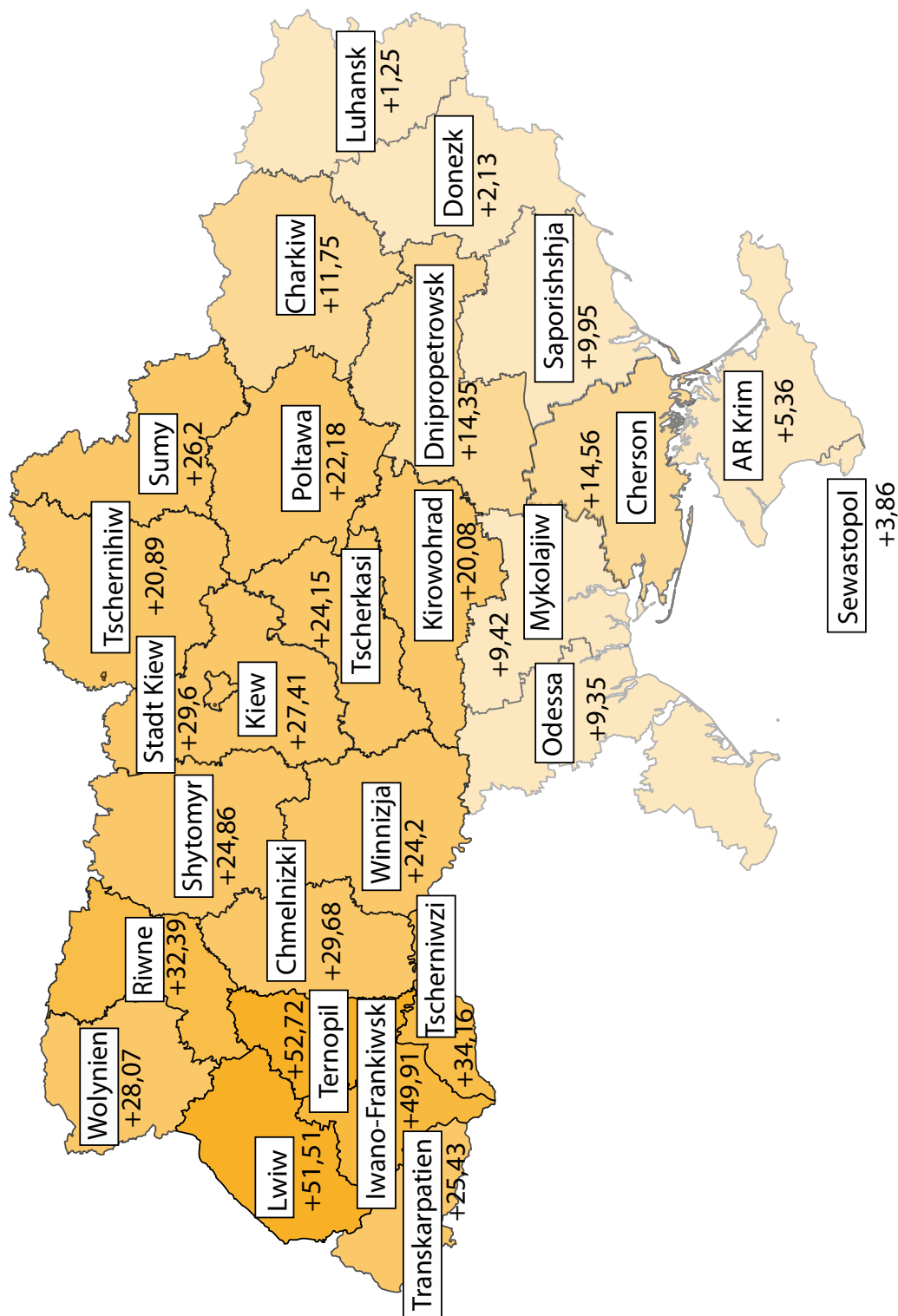
Kartographie: Sebastian Klüsener, Bearbeitung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann
 Quelle: Zentrale Wahlkommission, cvk.gov.ua

Karte 2: Stimmenanteil für Viktor Janukowitsch: Zugewinn im zweiten Wahlgang



Kartographie: Sebastian Klüsener, Bearbeitung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann
Quelle: Zentrale Wahlkommission, cvk.gov.ua

Karte 3: Stimmenanteil für Julia Timoschenko: Zugang im zweiten Wahlgang



Kartographie: Sebastian Klüsener, Bearbeitung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann
 Quelle: Zentrale Wahlkommission, cvk.gov.ua

Pressestimmen zum zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen 2010

Wo rehabilitieren sich ehemalige Präsidenten?, Olga Dschelebowa, Delo, 8.2.2010

Übrigens, diese Entscheidung des ukrainischen Präsidenten [der Politik nach der Abwahl nicht den Rücken zu kehren] kam nicht unerwartet. Der Tausch des Präsidenten- oder Ministerpräsidentenposten gegen die Rolle eines Politikers ist in der Ukraine schon zur Tradition geworden. So war der erste ukrainische Präsident Leonid Krawtschuk seit dem Ende seiner Präsidentschaft 1994 noch bis 2006 auf den Abgeordnetenlisten des Parlaments eingetragen. [...] Im Westen ziehen es die ehemaligen Staatsoberhäupter nach ihrem Ausscheiden aus der Politik vor, sich dem Big Business zu widmen.

<http://delo.ua/vlast/vybory/gde-trudoustrajavajsja-byvshie-prezidenty-137056/>

Auf der Krim und in Luhansk gab es Probleme bei der Stimmenauszählung, Sair Akadyrow, Marina Worotynzewa, Kommersant Ukraina, 9.2.2010

Bis zum gestrigen Abend konnten in einigen Wahlkreisen auf der Krim die Wahlergebnisse wegen vielfältiger Fehler der Kommissionsmitglieder beim Zusammenstellen der Protokolle nicht gemeldet werden. [...] Im Stab von Julia Timoschenko ist man sich sicher, dass die langsame Bearbeitung der Ergebnisse an der mangelhaften professionellen Vorbereitung der Kommissionsmitglieder liegt. [...] »Es sind Fälle dokumentiert, in denen Amtspersonen mit nicht verpackten Protokollen zur Kreiskommission kamen. All dies führt im besten Fall zur Neuauszählung der Stimmen«, erklärte man dem Kommersant in der Pressestelle des Wahlkampfstabes von Julia Timoschenko »Donbass«.

<http://kommersant.ua/doc.html?DocID=1318903&Issued=7000365>

Kiew ist bereit für Protestkundgebungen, Tatjana Iwschenko, Nezavisimaja gazeta, ng.ru 8.2.2010

Ohne sich an Details aufzuhalten haben beide Kandidaten ihre Wähler reichlich mit Versprechen beschenkt, die die Wirtschaft betreffen, auch wenn dieser Bereich nicht zu den Aufgaben und Vollmachten des Präsidenten gehört. Letztendlich hat auch keiner von beiden erklärt, mit welchen gesetzlichen Regelungen und mit welchen menschlichen und finanziellen Ressourcen sie die Ukraine aus der Krise führen wollen. Deshalb ließen sich die Wähler, wie auch beim ersten Wahlgang, nicht von programmatischen Versprechen leiten, sondern von ihren eigenen persönlichen, emotionalen Beziehungen zu den Kandidaten. Die Diskussionen in der Öffentlichkeit machten nicht deutlich, für welchen der Kandidaten es sich zu stimmen lohnt, sondern warum man für den anderen auf keinen Fall stimmen könne.

http://www.ng.ru/cis/2010-02-08/7_kiev.html?mthree=1

Der Wert der Frage, Sergej Strokan, Kommersant, 9.2.2010

Viktor Janukowitsch muss die eigenen Vorzüge gegenüber seinen bankrotten Vorgängern demonstrieren. Und dafür braucht er ernsthafte Unterstützung. Er hat zum Beispiel der Armut den totalen Krieg angesagt. Aber dafür braucht man Geld, das nicht vorhanden ist – die Auslandsschulden der Ukraine übersteigen 100 Mrd. US-Dollar. Das heißt, ein solider Kredit muss her und es ist nicht schwer zu erraten, an wen sich Janukowitsch als erstes in dieser Sache wenden wird. Außerdem hat er mehrmals erklärt, dass er die Gaspreise, die von den Ministerpräsidenten Timoschenko und Putin ausgehandelt wurden, ungerecht findet. Und was bedeutet das – den Versuch, zu »Freundschaftspreisen« zurückzukehren, unter Rücksichtnahme auf die neuen politischen Verhältnisse?

<http://kommersant.ru/doc.aspx?DocID=1314252&ThemesID=164>

Viktor Janukowitsch steuert auf einen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen in der Ukraine zu, Luke Harding, 8.2.2010, The Guardian, guardian.co.uk

Die Meinungen sind gespalten: Ist die Orange Revolution gescheitert oder ist der Sieg Janukowitschs bei einer anscheinend freien und fairen Wahl gerade ein paradoxer Beweis für ihren Erfolg. Im Unterschied zu 2004 gab es keine größeren Anzeichen für Wahlbetrug, sagen die internationalen Beobachter.

<http://www.guardian.co.uk/world/2010/feb/07/ukraine-election-viktor-yanukovych>

Der Oppositionsführer scheint die Wahlen in der Ukraine zu gewinnen, Clifford J. Levy, The New York Times, 8.2.2010

Ein Sieg von Viktor Janukowitsch wäre auch ein Triumph für Moskau im Kampf mit dem Westen um Einfluss in der ehemaligen Sowjetunion. Während Janukowitsch mit Unterstützung eines amerikanischen Politikberaters versucht hat, sein Image dahin gehend neu zu gestalten, dass er nicht als Favorit Russlands wahrgenommen wird, vertritt er gleichzeitig eine Politik, die Russland willkommen heißt. Der Kreml war wütend über den Versuch der Ukraine der Nato beizutreten, mit der Begründung, der Westen verletze Moskaus traditionelle Einflussosphäre – Janukowitsch hat versprochen von diesen Plänen abzusehen.

<http://www.nytimes.com/2010/02/09/world/europe/09ukraine.html>

Julia in der Falle, Thomas Urban, Süddeutsche Zeitung, sueddeutsche.de, 8.2.2010

Zwar behält sich Julia Timoschenko vor, das Ergebnis der ukrainischen Präsidentschaftswahl anzufechten. In der Tat spricht Vieles dafür, dass es Manipulationen zu Gunsten des erklärten Wahlsiegers Viktor Janukowitsch gab. So war es schon vor fünf Jahren gewesen, die dreisten Fälschungen waren damals Auslöser für die »orangene Revolution«.

Doch spricht nun im Gegensatz zu 2004 wenig dafür, dass Timoschenko mit ihren Protesten Erfolg haben könnte. Denn die Politikverdrossenheit ist enorm nach all den öffentlich ausgetragenen Konflikten unter dem Spitzenpersonal in Kiew, vor allem auch wegen der Finanzkrise.

<http://www.sueddeutsche.de/politik/266/502499/text/>

Viktor Janukowitsch: Der Wandlungsfähige, Konrad Schuller, Frankfurter Allgemeine Zeitung, faz.net, 8.2.2010

Jetzt ist Janukowitsch wiedergekehrt – einerseits wegen der Führungsunfähigkeit des »orange« Lagers, andererseits aber auch, weil er selbst sich geändert hat. Janukowitsch hat in den letzten fünf Jahren versucht, Achtbarkeit zu gewinnen. Mittlerweile hat er an drei Wahlen (2006, 2007 und 2010) teilgenommen, ohne dass es zu massiven Fälschungen gekommen wäre, und in den schweren Konflikten der letzten Jahre hat er zuletzt immer auf Kompromiss gesetzt. 2007 hat er sogar eine klare Niederlage hingenommen.

Abermals folgt Janukowitsch damit starken Mentoren. Die Oligarchen in seinem Rücken sind längst geachtete Geschäftsleute und Philanthropen geworden. Sie wollen ihr erbeutetes Vermögen schützen und setzen deshalb auf Rechtsstaatlichkeit. Sie wollen keinen Putin über sich und geben sich deshalb westlich. Sie wandeln sich – und Janukowitsch wandelt sich mit ihnen.

http://www.faz.net/s/RubDDBDABB9457A437BAA85A49C26FB23A0/Doc~E23921B911FB3477183EF675E343F0E69~ATpl~Ecommon~Scontent.html?rss_googlenews

Zusammengestellt und übersetzt von Judith Janiszewski

Wahlbeobachtung der OSZE

Auszug aus dem vorläufigen Wahlbericht

The second round of the presidential election in Ukraine confirmed the assessment of the first round that most OSCE and Council of Europe commitments were met. This election consolidated progress achieved since 2004. The lack of confidence and the deficient legal framework were at the root of most problems encountered during this election, and constitute an immediate challenge for the new leadership. The professional, transparent and honest voting and counting should serve as a solid foundation for a peaceful transition of power.

The candidates were able to campaign freely in a competitive, yet polarized election environment. The campaign atmosphere was negatively affected by mutual accusations of fraud, last minute amendments to the election law and attempts to remove the heads of key institutions for partisan purposes. The misuse of administrative resources continued and the intertwining of political and economic interests persisted.

Any democratic election depends not only on the conduct of the election process, but also on an adequate, clear and stable legal framework being in place. Therefore, a unified election code should be adopted before holding the next elections. As stated following the first round, amending the election law between two rounds is inappropriate. Newly adopted amendments were presented as a reaction to allegations that one of the candidates would withdraw their members from commissions, thus depriving them of a quorum and disrupting the election. Both candidates used the amendments by either claiming that they would destroy any chance of holding a democratic election or, on the contrary, that they would preserve the process. However, the last minute amendments did not impact the conduct of election day.

Despite shortcomings, the existing legal framework can still provide a basis for holding democratic elections, as confirmed by the first round. However, the provisions in the election law concerning the second round leave important aspects unaddressed and others open to varying interpretations. Legal provisions on transparent campaign financing are necessary.

Notwithstanding the rising political tension, the Central Election Commission continued to operate mostly in a non-partisan manner, and was efficient in organizing the second round. However, it did not clarify the application of important aspects of the law. Some of its actions again lacked transparency.

The media provided voters with an opportunity to make an informed choice. Political talk shows on TV offered voters a variety of opinions and granted the candidates more balanced coverage than the news. The State TV station failed to comply with its legal obligations to provide impartial coverage of candidates and significantly favored one candidate in its newscasts. Voters would have benefited from a debate between two candidates.

Overall, the quality of the voter lists has improved, but in order to eliminate remaining inaccuracies, further efforts are necessary. Specifically, voters added to the lists in polling stations should be included in the state voter register before the next election.

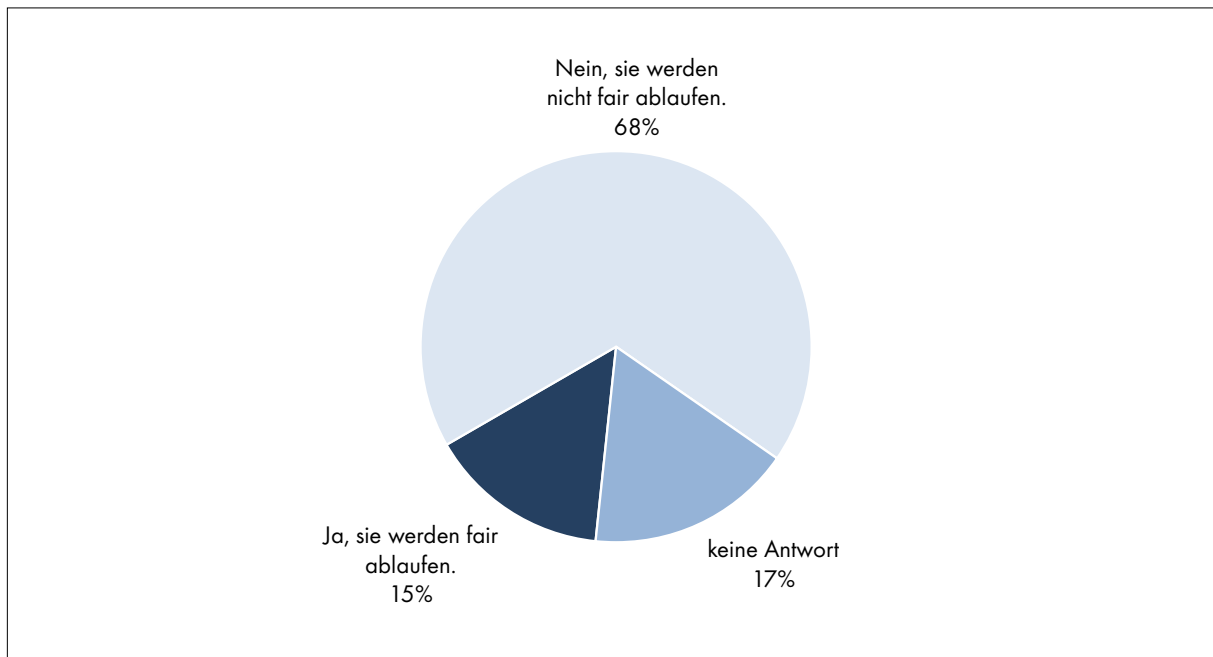
Disturbingly, in the last days of the campaign, pressure was exerted on the judiciary, when the prosecutor started to question the judges who decided election related cases.

The election day was orderly and calm. Our observers assessed the voting, counting and tabulation overwhelmingly positively. The transparency was greatly enhanced by the large presence of observers. Women were well represented in precinct commissions.

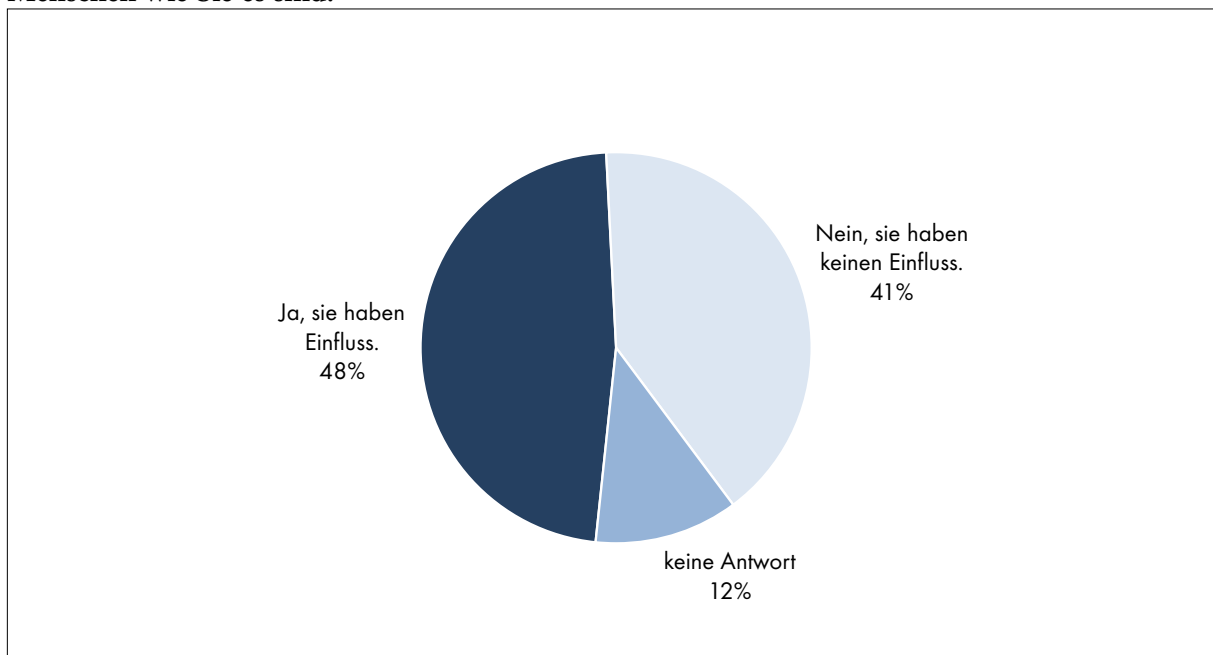
Quelle: International Election Observation Mission Ukraine – Presidential Election, Second Round 7 February 2010, Statement of preliminary findings and conclusions, http://www.osce.org/documents/odihhr/2010/02/42679_en.pdf

Beurteilung der Wahlen durch die ukrainische Öffentlichkeit

Grafik 3: Was denken Sie, werden die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine im Januar 2010 fair ablaufen?



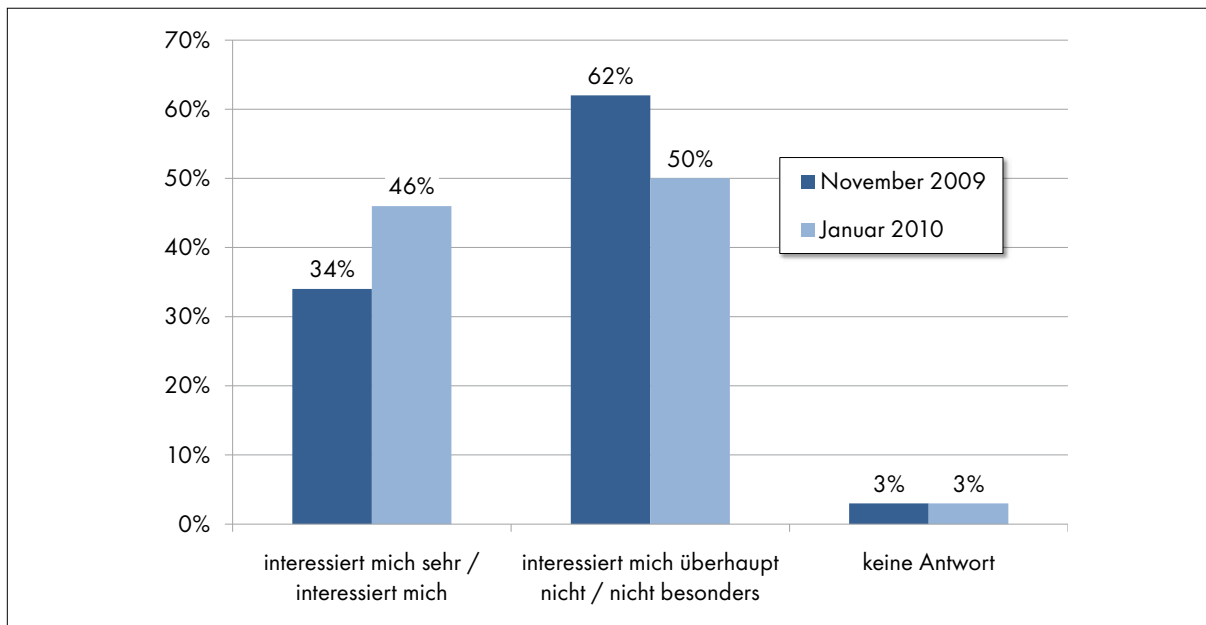
Grafik 4: Was denken Sie, haben die Ergebnisse der Wahlen Einfluss auf das Leben von Menschen wie Sie es sind?



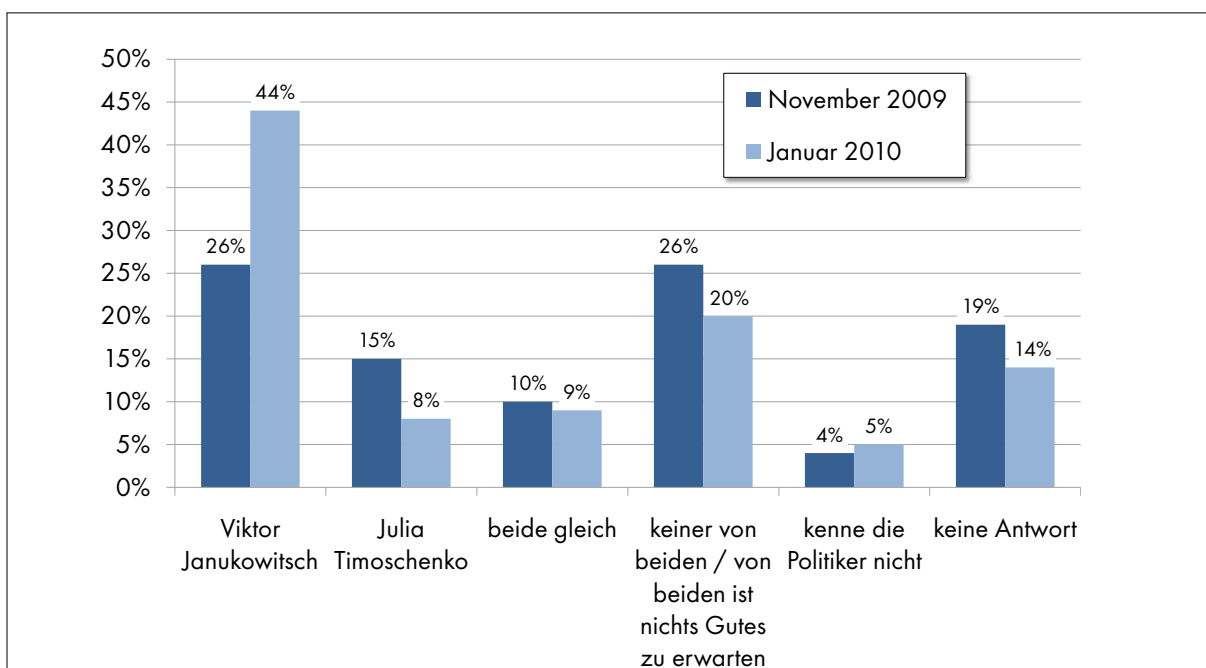
Quelle: repräsentative Umfrage des FOM-Ukraina vom 17.–22.12.2009,
http://bd.fom.ru/report/map/ukrain/ukrain_eo/du091229/printable/#Abs1

Die Wahlen in der Ukraine in den Augen der russischen Öffentlichkeit

Grafik 5: Wie stark interessieren Sie sich für die Präsidentschaftswahlen in der Ukraine, die im Januar des kommenden Jahres stattfinden?



Grafik 6: Wessen Sieg bei den Präsidentschaftswahlen würde am stärksten den Interessen Russlands entsprechen?



Quelle: repräsentative Umfrage des Lewada-Instituts vom 20.–23.11.2009 und 29.1.–1.2.2010, <http://www.levada.ru/press/2010020401.html>

Chronik
Vom 27. Januar bis zum 9. Februar 2010

27.1.2010	In einer Pressemitteilung des Blocks Timoschenko wird die Partei der Regionen beschuldigt, das Kiewer Berufungsgericht für Verwaltungsfragen besetzt und beim Vorsitzenden Anatolij Denisow Daten gelöscht zu haben.
28.1.2010	Auf einer außerordentlichen Parlamentssitzung wird Innenminister Jurij Luzenko auf Antrag der Partei der Regionen aus seinem Amt entlassen. Er selbst beschuldigt die Antragsteller damit den Wahlprozess stören zu wollen. Kurz darauf wird er auf einer Sondersitzung der Regierung zum dritten Ersten Stellvertretenden Innenminister ernannt, der die Amtsgeschäfte bis zur Ernennung eines neuen Innenministers weiterführen soll. Einen Tag später hebt das Kiewer Bezirksverwaltungsgericht die Ernennung wieder auf.
2.2.2010	Fünf Mitarbeiter des russischen Geheimdienstes FSB sind am 27.1.2010 festgenommen worden, erklärt der Leiter des ukrainischen Geheimdienstes Valentin Naliwajtschenko. Einer von ihnen wird wegen Spionage angeklagt.
3.2.2010	Abgeordnete der Partei der Regionen verhindern zunächst durch eine Blockade die Eröffnung der von ihnen initiierten außerordentlichen Parlamentssitzung, später kommt es zu einem Handgemenge. Im Verlauf des Tages wird die Abschaffung der Regelung, der entsprechend Wahlkommissionen nur beschlussfähig sind, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind, mit Hilfe von 29 Stimmen aus dem Block Unsere Ukraine beschlossen und Tags darauf von Präsident Viktor Juschtschenko unterschrieben. Der Block Timoschenko reicht am Folgetag eine Klage beim Verfassungsgericht ein. Am 28.1.2010 hatte das Parlament die Gesetzesänderung bereits in erster Lesung genehmigt.
3.2.2010	Georgien wird aufgrund der Nicht-Registrierung seiner Wahlbeobachter beim ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen in der Ukraine keine Beobachter zum zweiten Wahlgang entsenden, erklärt die Pressesprecherin des georgischen Präsidenten Manana Manschgaladze.
4.2.2010	Das Verfassungsgericht erklärt die Regierungsentscheidung, Lehrer an allgemeinbildenden Schulen müssten während der gesamten Arbeitszeit ausschließlich Ukrainisch sprechen, für verfassungswidrig.
4.2.2010	Die Generalstaatsanwaltschaft eröffnet ein Verfahren gegen einen Richter des Kiewer Berufungsgerichts für Verwaltungsfragen, weil dessen Entscheidungen zum Wahlgesetz (Verbot der Wahl von zu Hause ohne ärztliches Attest und Verbot der Änderung der Wählerlisten noch am Tag der Wahl) am Vorabend der Wahl rechtswidrig gewesen seien.
5.2.2010	Der polnische Präsident Lech Kaczyński verurteilt die Entscheidung Präsident Viktor Juschtschenkos, den umstrittenen Unabhängigkeitskämpfer und Nationalistenführer Stepan Bandera posthum zum Helden der Ukraine zu erklären und die Mitglieder der Ukrainischen Aufstandsarmee als Kämpfer für die Unabhängigkeit anzuerkennen. Dies wirke der Aussöhnung entgegen. Auch das russische Außenministerium äußert sich kritisch. 1934 hatte Bandera die Ermordung des polnischen Innenministers Bronisław Pieracki organisiert und wurde dafür von einem polnischen Gericht zum Tode verurteilt.
7.2.2010	Der zweite Wahlgang der Präsidentschaftswahlen findet statt. Nach Auszählung von 99,9 % der Stimmen erhält Viktor Janukowitsch 48,95 % der Stimmen, Julia Timoschenko 45,48 %.
8.2.2010	Etwa 5.000 Anhänger der Partei der Regionen demonstrieren vor dem Gebäude der Zentralen Wahlkommission für ihren Präsidentschaftskandidaten Viktor Janukowitsch.
9.2.2010	Sergei Mischtschenko, Abgeordneter des Block Timoschenko, erklärt, dass in der juristischen Abteilung seines Blocks bereits eine Klage gegen das Wahlergebnis vorbereitet werde.

Die Ukraine-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Ukraine-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Judith Janiszewski, Matthias Neumann, Heiko Pleines

Ukraine-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Die Ukraine-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1862-555X © 2010 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Lesehinweis

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa unter www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Russland-Analysen

Die »Russlandanalysen« bieten wöchentlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Wochenchronik aktueller politischer Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik sowie zur Ukraine. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de